



Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine auf die deutsche Wirtschaft

Auswertung einer Unternehmensbefragung der IHK-Organisation im März 2022

 **Gemeinsam WirtschaftStärken**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine auf die deutsche Wirtschaft

Auswertung von 3.763 Unternehmensantworten aus dem Befragungszeitraum 15. bis 17.03.2022

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

Die Auswirkungen der russischen Invasion in der Ukraine spürt die deutsche Wirtschaft in der ganzen Breite. Trotz dieser schmerzlichen Einbußen gibt es seitens der Unternehmen kaum Kritik an den verhängten Sanktionen, denn selbst für die stark betroffenen Betriebe ist Krieg keine Basis für Geschäfte.

78 Prozent der Unternehmen sehen sich aktuell vom Krieg und seinen Folgen geschäftlich betroffen. Im Detail berichten 60 Prozent der Unternehmen von Auswirkungen wie steigenden Preisen oder gestörten Lieferketten, 18 Prozent nennen direkte Folgen, z.B. den Verlust von Kunden oder Lieferanten. Lediglich 22 Prozent der Unternehmen geben an, aktuell noch nicht betroffen zu sein.

Über alle Branchen hinweg nennen neun von zehn Unternehmen höhere Energiekosten als bereits spürbare oder erwartete Auswirkung des Krieges auf den eigenen Betrieb.

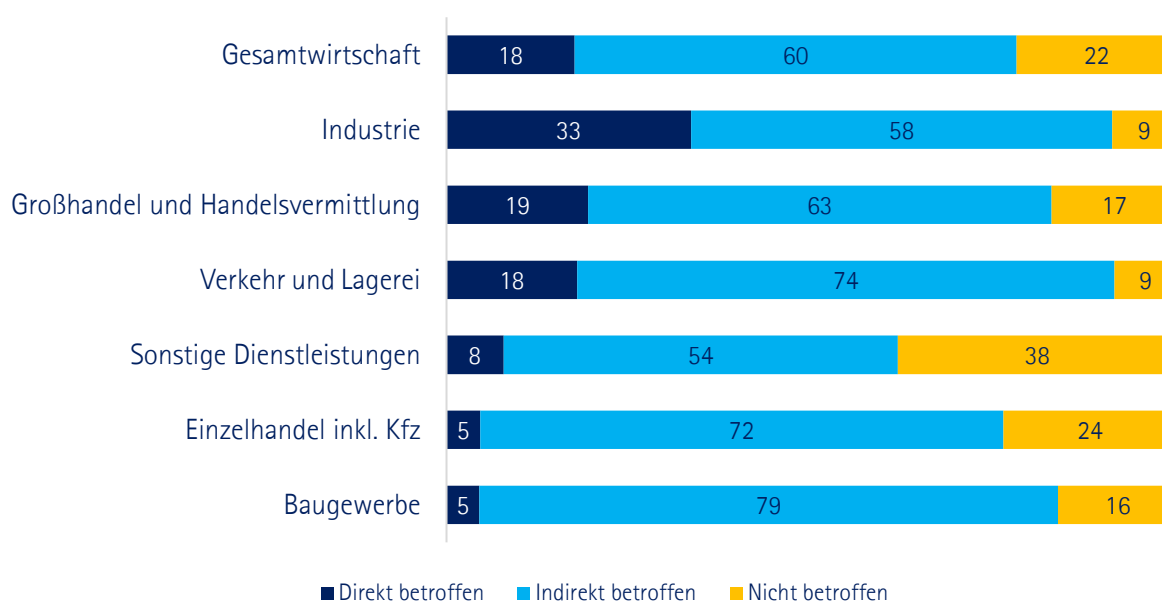
Besonders alarmierend sind die Ergebnisse aus der Industrie: Drei Viertel der Industriebetriebe leiden unter Störungen in der Lieferkette und Logistik (Gesamtwirtschaft 61 Prozent), fast 90 Prozent unter gestiegenen Preisen für Rohstoffe und Vorleistungen (Gesamtwirtschaft 66 Prozent).

Zwei Drittel der Unternehmen müssen angesichts ihrer Kostenklemme mit der Weitergabe von Preissteigerungen an Kunden reagieren. Als Maßnahme der Unternehmen werde auch häufig mehr Lagerhaltung (32 Prozent), Streichung oder Verschiebung von Investitionen (30 Prozent), Suche nach neuen Lieferanten (22 Prozent) sowie Personalanpassung (21 Prozent) genannt.

Betroffenheit der Unternehmen

Insgesamt geben 18 Prozent der Unternehmen an, direkt von den Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine oder den verhängten Sanktionen betroffen zu sein, 60 Prozent sehen sich indirekt betroffen, z.B. weil Preise gestiegen oder Lieferketten gestört sind. Nur 22 Prozent sehen sich nicht betroffen. Dabei sehen sich Industrieunternehmen mit 33 Prozent am häufigsten direkt betroffen. Das Baugewerbe und auch Unternehmen aus dem Bereich Verkehr und Lagerei spüren mit 79 Prozent bzw. 73 Prozent am häufigsten indirekte Auswirkungen auf ihr Geschäft. Am seltensten sehen sich Dienstleister von den Folgen des Krieges berührt. Hier geben 38 Prozent der Unternehmen an, nicht betroffen zu sein.

Anteil der Unternehmen, die direkt oder indirekt vom Krieg oder von den verhängten Sanktionen betroffen sind (in Prozent)



Auswirkungen auf die Unternehmen

Die häufigste Folge des Krieges sind **höhere Energiepreise**: Rund neun von zehn Unternehmen geben an, dass sie hier bereits zusätzlich belastet sind bzw. weitere Kostensteigerungen erwarten. Höhere Energiekosten sind für alle Branchen gleichermaßen ein Problem, bei Großhändlern und Dienstleistern berichten mit über 80 Prozent nur unwesentlich weniger Unternehmen davon. Zwei Drittel der Unternehmen geben auch höhere **Kosten für Rohstoffe und Vorleistungen** als spürbare bzw. zu erwartende Folgen des Krieges oder der Sanktionen für den eigenen Betrieb an. Besonders die Industrie und das Baugewerbe müssen mehr für Rohstoffe und Vorleistungen bezahlen (87 Prozent bzw. 86 Prozent). Auch hier ist diese Sorge bei Dienstleistern weniger drückend (44 Prozent).

Eine **Störung der Lieferkette** aufgrund des Krieges beklagen 61 Prozent der Unternehmen. Dabei sind insbesondere der Großhandel und die Industrieunternehmen betroffen (78 Prozent und 74 Prozent), bei Dienstleistern, die weniger stark auf internationale Lieferketten angewiesen sind, sind es immerhin noch 38 Prozent. Unter **fehlenden Rostoffen oder Vorleistungen** leiden insbesondere Industrie- und Bauunternehmen (64 Prozent und 63 Prozent). Über alle Branchen hinweg sind es 46 Prozent.

Welche wirtschaftlichen Folgen des Krieges oder der Sanktionen spüren Sie oder erwarten Sie für Ihr Unternehmen? (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

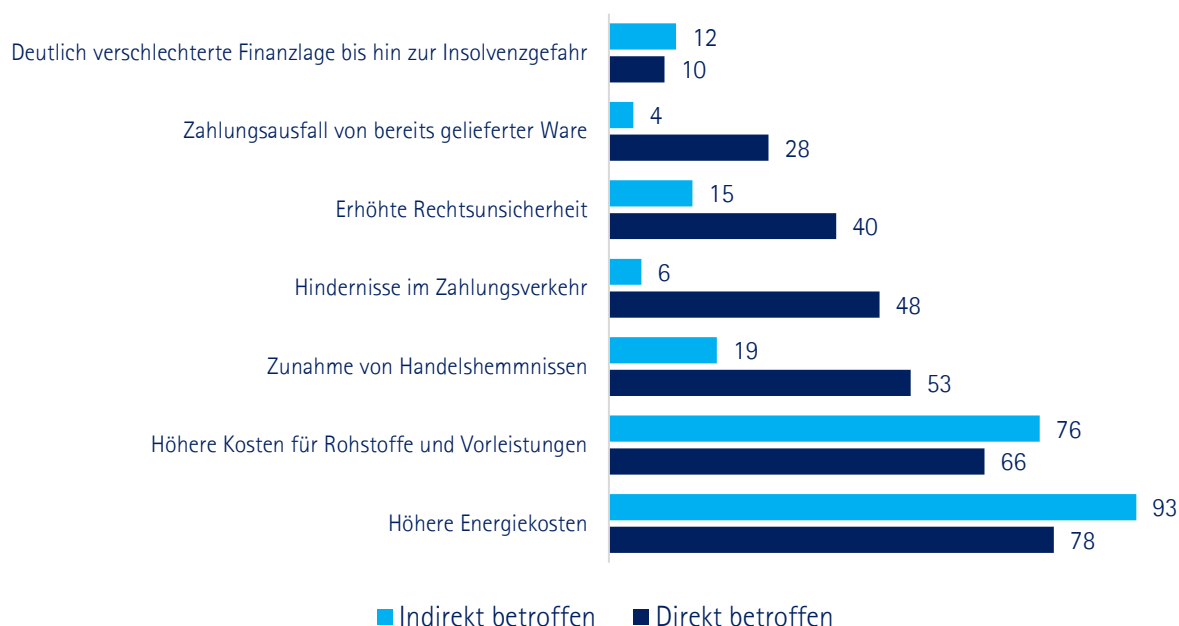


Jeder zehnte Betrieb berichtet von einer **deutlich schlechteren Finanzlage bis hin zu Insolvenzgefahr**. Bei Verkehrs- und Logistikunternehmen ist die Situation besonders angespannt, hier berichtet über ein Viertel der Betriebe, dass sie aktuell drohen, in eine finanzielle Schieflage geraten.

Ein tieferer Blick in die Daten zeigt, dass die wirtschaftlichen Folgen teilweise unterschiedlich stark ausfallen, je nachdem ob die Unternehmen direkte Geschäftsbeziehungen nach Russland, Belarus oder in die Ukraine haben, oder ob sie indirekt von den Folgen betroffen sind.

Knapp drei Viertel der direkt betroffenen Unternehmen nennen den Abbruch von Geschäftsbeziehungen oder den Verlust von Geschäftspartnern. Rund die Hälfte der direkt Betroffenen sind außerdem mit Hindernissen im Zahlungsverkehr oder der Zunahme von Handelshemmnissen konfrontiert. Erhöhte Rechtsunsicherheit sowie Zahlungsausfälle von bereits gelieferter Ware werden ebenfalls von einem signifikanten Anteil der Unternehmen gemeldet.

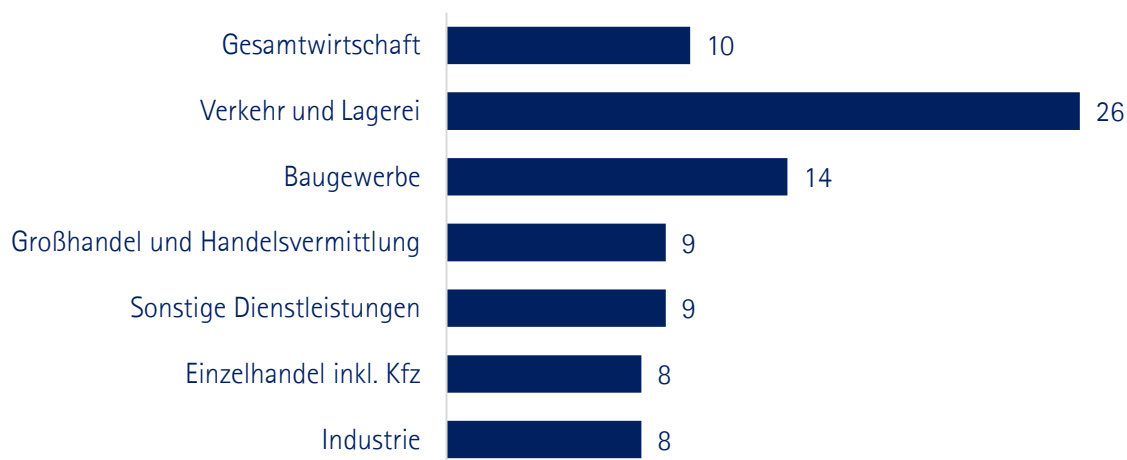
Welche wirtschaftlichen Folgen des Krieges oder der Sanktionen spüren Sie oder erwarten Sie für Ihr Unternehmen? (nach Betroffenheit von Krieg / Sanktionen in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)



Unternehmen, die sich eher indirekt mit den Folgen des Krieges konfrontiert sehen, melden dagegen häufiger höhere Energiekosten (93 Prozent) sowie höhere Kosten von Rohstoffen und Vorleistungen (76 Prozent).

Die Ergebnisse zeigen, dass der Krieg und seine Folgen die gesamte Breite der Wirtschaft treffen – nicht nur die Unternehmen, die direkte Geschäftsbeziehungen mit Russland oder der Ukraine unterhalten. Für einen signifikanten Teil der Wirtschaft kann das existenzbedrohende Ausmaße annehmen.

Deutlich verschlechterte Finanzlage bis hin zur Insolvenzgefahr (nach Branche, in Prozent)



Wirtschaftlichen Folgen des Krieges oder der Sanktionen nach Branchen

Welche wirtschaftlichen Folgen des Krieges oder der Sanktionen spüren Sie oder erwarten Sie für Ihr Unternehmen? (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)	Gesamtwirtschaft	Industrie	Baugewerbe	Einzelhandel inkl. Kfz	Großhandel und Handelsvermittlung	Verkehr und Lagerei	Sonstige Dienstleistungen
Höhere Energiekosten	87	91	92	91	84	94	82
Höhere Kosten für Rohstoffe und Vorleistungen	66	87	86	56	73	64	44
Fehlende Rohstoffe und Vorleistungen	46	64	63	36	54	34	28
Störungen in der Lieferkette und Logistik	61	74	69	74	78	63	38
Zunahme von Handelshemmnissen	23	33	14	22	30	22	14
Erhöhte Rechtsunsicherheit	18	22	19	8	16	15	18
Produktionsstopp / Geringere Produktion	21	36	21	20	24	17	9
Verlust von Geschäftspartnern, Abbruch von Geschäftsbeziehungen	26	36	11	12	27	31	24
Zahlungsausfall von bereits gelieferter Ware	8	15	4	1	9	5	4
Hindernisse im Zahlungsverkehr	12	22	3	3	13	10	9
Deutlich verschlechterte Finanzlage bis hin zur Insolvenzgefahr	10	8	14	8	9	26	9

Maßnahmen der Unternehmen

Als Reaktionen auf die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges versuchen rund zwei Drittel der Unternehmen **Kostensteigerungen an ihre Kunden weiterzugeben**. Bei Unternehmen, die indirekt unter den Folgen des Krieges, z.B. durch Preissteigerungen zu leiden haben, sind es sogar 77 Prozent.

Eine **Erhöhung der Lagerhaltung** – sofern dies unter den gegebenen Umständen möglich ist – ist für ein Drittel der Unternehmen eine Option. Dabei planen dies insbesondere Industrieunternehmen (52 Prozent) und Großhändler (43 Prozent), die auf Vorleistungsgüter und Rohstoffe angewiesen sind.

Knapp ein Drittel der Unternehmen plant eine **Streichung oder Verschiebung von Investitionen**. Das ist volkswirtschaftlich ein bedenkliches Ergebnis. Bereits vor dem Kriegsausbruch lagen die privaten Investitionen noch immer deutlich unter dem Niveau von vor der Corona-Krise.

Über ein Fünftel der Unternehmen macht sich auf die **Suche nach neuen Lieferanten**. Bei den Unternehmen, die direkt von den Folgen des Krieges oder der Sanktionen betroffen sind, sind es sogar ein Drittel.

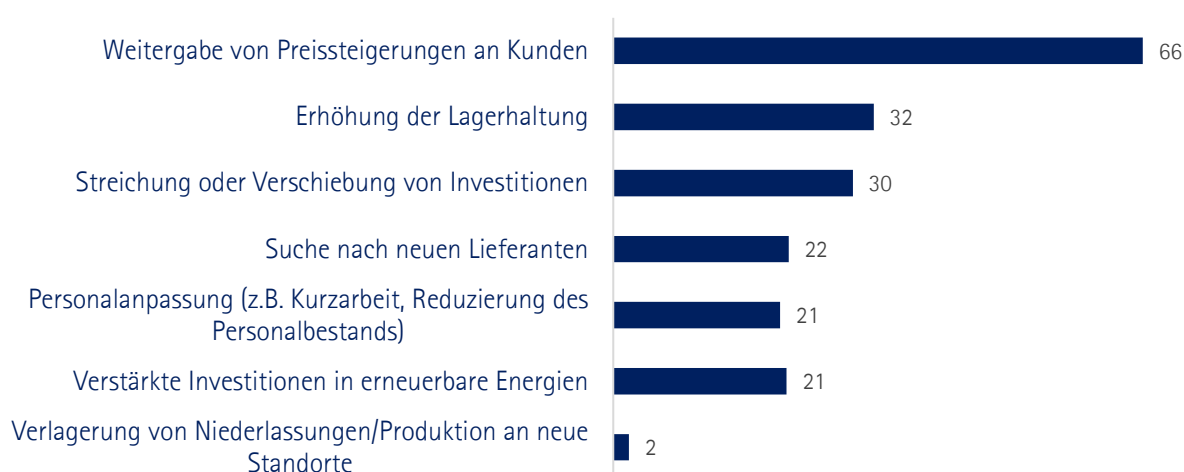
Angesichts der hohen Energiepreise und der Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten haben gut ein Fünftel der Unternehmen auch vor, verstärkt in **erneuerbare Energien** zu investieren. Überdurchschnittlich hoch liegt der Anteil in der Industrie (26 Prozent) und im Baugewerbe (25 Prozent), die auch im Vergleich zur Gesamtwirtschaft überdurchschnittlich energieintensiv sind.

Personalanpassung, wie z.B. Kurzarbeit oder Verringerung des Personalbestandes, beabsichtigen insgesamt rund ein Fünftel der Unternehmen. Bei Unternehmen, die zu einer Verringerung der Produktion oder Produktionsstopps gezwungen sind, sind es mit 41 Prozent fast doppelt so viele.

Eine **Verlagerung von Niederlassung bzw. Produktion an neuen Standorten** ist nur für Unternehmen relevant, die direkt von den Auswirkungen des Krieges oder der Sanktionen betroffen sind, hiervon denken acht Prozent über eine Verlagerung nach (gesamte Wirtschaft zwei Prozent).

Welche Maßnahmen ergreifen oder planen die Unternehmen?

(in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)



Maßnahmen nach Branchen

Welche Maßnahmen ergreifen oder planen die Unternehmen? (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)	Gesamtwirtschaft	Industrie	Baugewerbe	Einzelhandel inkl. Kfz	Großhandel und Handelsvermittlung	Verkehr und Lagerei	Sonstige Dienstleistungen
Suche nach neuen Lieferanten	22	36	23	18	26	11	11
Verlagerung von Niederlassungen/ Produktion an neue Standorte	2	4	1	0	2	2	1
Erhöhung der Lagerhaltung	32	52	36	29	43	15	15
Weitergabe von Preissteigerungen an Kunden	66	79	77	66	77	77	46
Verstärkte Investitionen in erneuerbare Energien	21	26	24	17	19	17	19
Streichung oder Verschiebung von Investitionen	30	32	38	34	25	41	25
Personalanpassung (z.B. Kurzarbeit, Reduzierung des Personalbestands)	21	23	23	24	16	32	16

Fragebogen

1. **Ist Ihr Unternehmen direkt oder indirekt vom Krieg oder von den verhängten Sanktionen betroffen?**
 - Ja, direkt betroffen durch Sanktionen / Gegensanktionen oder Geschäftstätigkeit mit/in Russland, Ukraine oder Belarus
 - Ja, indirekt betroffen (z.B. wegen steigender Preise, Transportproblemen oder Lieferengpässen)
 - Nein, nicht betroffen

2. **Welche wirtschaftlichen Folgen des Krieges oder der Sanktionen spüren Sie oder erwarten Sie für Ihr Unternehmen? (Mehrfachnennungen möglich)**
 - Höhere Energiekosten
 - Höhere Kosten für Rohstoffe und Vorleistungen
 - Fehlende Rohstoffe und Vorleistungen
 - Störungen in der Lieferkette und Logistik
 - Zunahme von Handelshemmnissen
 - Erhöhte Rechtsunsicherheit
 - Produktionsstopp / Geringere Produktion
 - Verlust von Geschäftspartnern, Abbruch von Geschäftsbeziehungen
 - Zahlungsausfall von bereits gelieferter Ware
 - Hindernisse im Zahlungsverkehr
 - Deutlich verschlechterte Finanzlage bis hin zur Insolvenzgefahr
 - Keine
 - Sonstiges (Freitext)

3. **Welche unternehmerischen Maßnahmen ergreifen oder planen Sie? (Mehrfachnennungen möglich)**
 - Suche nach neuen Lieferanten
 - Verlagerung von Niederlassungen/Produktion an neue Standorte
 - Erhöhung der Lagerhaltung
 - Weitergabe von Preissteigerungen an Kunden
 - Verstärkte Investitionen in erneuerbare Energien
 - Streichung oder Verschiebung von Investitionen
 - Personalanpassung (z.B. Kurzarbeit, Reduzierung des Personalbestands)
 - Keine Maßnahmen geplant oder umgesetzt
 - Nicht betroffen
 - Sonstiges (Freitext)

4. **Was wünschen Sie sich von der Politik? Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen würden Ihnen in der aktuellen Situation am meisten helfen? (Freitext)**

5. **Falls Sie Ihre Situation ausführlicher schildern möchten, haben Sie hier die Gelegenheit: (Freitext)**

Methodik

An der Unternehmensbefragung haben sich insgesamt 3.763 Betriebe aus allen Regionen Deutschlands beteiligt. Die Umfrage wurde vom 15.03. bis zum 17.03. durchgeführt.

Die Unternehmensantworten verteilen sich wie folgt: Industrie 32 Prozent, Baugewerbe 6 Prozent, Handel 19 Prozent und Dienstleister 43 Prozent.

Nach Unternehmensgrößenklassen ist die Verteilung wie folgt: 43 Prozent mit 1-19 Beschäftigte, 40 Prozent 20-249 Beschäftigte, 7 Prozent 250-499 Beschäftigte, 4 Prozent 500-999 Beschäftigte, 6 Prozent 1.000 und mehr Beschäftigte.

Impressum

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK) | Berlin | Brüssel

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Postanschrift: 11052 Berlin |

Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon: 030 20308-0

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [Linkedin](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Carolin Herweg, Sebastian Hirsch, Jupp Zenzen

Grafik: Friedemann Encke, Sebastian Hirsch, Sebastian Titze, DIHK

Stand: März 2022